

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug, Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. August 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 94

Die Lehren von Köln

Vom Tarifamt der Deutschen Buchdrucker ging uns nach Abschluß voriger Nummer folgender Bericht zu:

Der Kölner Streik beleuchtet. Die Kölner Gehilfen hatten in Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des besetzten Gebiets von der Prinzipalität eine besondere Lohnerhöhung von 100 Mk. pro Woche gefordert, und zwar zu einer Zeit, als die zentralen Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium noch nicht abgeschlossen waren. Da die Prinzipalität ein Sonderabkommen ablehnte und auf den bevorstehenden Abschluß der zentralen Verhandlungen hinwies, trat die Gehilfenschaft am 25. Juli in den Streik, also ohne den Abschluß der Verhandlungen ihrer Vertreter vor dem Reichsarbeitsministerium abzuwarten. Der Versuch, durch außergerichtliche Stellen den Streik beizulegen, gelang nicht. Auch Verhandlungen vor dem Regierungspräsidenten blieben erfolglos. Das Verlangen des Tarifamts, den Streik zu beenden, wurde gehilfenförmig ebensowenig beachtet. Am Montag, dem 8. August, eruchten beide Parteien das Tarifamt, Verhandlungen einzuleiten. Diese Verhandlung fand am Mittwoch, dem 10. August, in Berlin statt; die Kölner Parteien hatten ihre Vertreter entsandt, ebenso nahm auf deren besonderes Ersuchen der Staatssekretär des besetzten Gebiets, Herr Brugger, an den Verhandlungen teil. Das Tarifamt erklärte von vornherein, daß es jeden Schiedspruch ablehne und daß die Prinzipals- und Gehilfenmitglieder des Tarifamts sich den Kölner Parteien lebhaft beratend zur Seite stellen. Man mehr als geschäftlicher Verbindung kam zu folgendem Vergleich:

Zwischen den streikenden Parteien wird folgendes für beide Parteien verbindlich vereinbart:

1. Die Parteien haben sich dahingehend geeinigt, daß am Freitag, dem 12. August, die Arbeit allgemein wieder aufgenommen wird. Im übrigen haben sich die Parteien dahin verständigt, daß die bestehende Wirtschaftsbeihilfe von 65 Mk. und die vor dem Reichsarbeitsministerium am 25. Juli vereinbarte Zulage sowie eine außerordentliche Zulage, wie sie jetzt in Essen beschlossen ist, ab Freitag, dem 5. August, bezahlt wird. Die letzte außerordentliche Zulage soll für die Woche berechnet und wöchentlich ausgezahlt werden, und zwar bis 30. September 1921, und für den Fall einer früheren tariflichen Neuordnung bis zu dieser.
2. Das bisherige Arbeitsverhältnis wird in sämtlichen Buchdruckereien wieder hergestellt. Gehilfen, die während des Streiks nachweisbar ihre Arbeitgeber oder deren Angehörige fälschlich beleidigt haben, brauchen von denselben Arbeitgebern nicht wieder eingestellt werden.
3. Der Prinzipalität soll empfohlen werden, den Gehilfen auf Antrag einen Vorstoß zu gewähren; die finanziellen Verhältnisse der Betriebe sind hierbei zu berücksichtigen.

Mit dieser Einigung ist ein schwerer Tarifbruch beigelegt worden, der außerordentliche materielle Verluste für beide Parteien zur Folge gehabt hat. Solche Vorfälle müssen im Interesse des Fortbestandes der tariflichen Ordnung aufs lebhafteste bedauert und verurteilt werden. Wird gehilfenförmig nicht eingeleitet, daß ein Tarifvertrag eine künftige Lösung des Arbeitsverhältnisses und eine Nichtbeachtung der vermittelnden Schiedsinstanzen der Tarifgemeinschaft ausschließt, dann muß über kurz oder lang auch mit dem Ende der Tarifgemeinschaft gerechnet werden.

Ohne mit den Schlüsselführern vorstehender Mitteilung in allen Teilen übereinzustimmen, weil darin das Verhalten der Kölner Prinzipalität vor dem Streik trotz der nunmehr durch die Vereinbarung füngemäß anerkannten außerordentlichen wirtschaftlichen Notlage der Kölner Gehilfenschaft nicht in gleicher Weise verurteilt wird, fühlen wir uns verpflichtet, sowohl im Interesse der Kölner Kollegenchaft wie der Gesamtorganisation folgende Lehren aus diesem Kampfe zu ziehen. Der materielle Erfolg dieser Bewegung beschränkt sich trotz des harten, über 2 1/2 Wochen dauernden Streiks auf das Ergebnis, das die Essener Kollegenchaft auf dem Wege der Verhand-

lungen, also ohne aktiven Kampf, erreicht hat. Dieses Resultat besteht in der Bewilligung einer Erhöhung des zentralen Abkommens vom 25. Juli für die Gesamtheit der deutschen Kollegenchaft um 150 Proz.; d. h. die für die Monate August und September zu zahlende gesamte Wirtschaftsbeihilfe wird statt zweimal fünfmal berechnet und innerhalb der beiden Monate zur Auszahlung gebracht. Es kommen also z. B. in der höchsten Klasse im August und September statt 2×110 (65 + 45) insgesamt $5 \times 110 = 550$ Mk. in Betracht; das Mehr beträgt demnach in der höchsten Klasse 330 Mk., in den übrigen Lohnklassen entsprechend weniger. Diese Erhöhung wird teilweise in Monatsraten, teilweise in Wochenraten ausbezahlt; legeres gilt für den Betrag, der über die bisherige Wirtschaftsbeihilfe (45 Mk. in der höchsten Klasse) nach der zentralen Vereinbarung vom 25. Juli hinausgeht, also beispielsweise 5×45 Mk. in 8 Wochenraten = 28,12 Mk. zerlegt, neben der in zwei Monatsraten geteilten Beihilfe von $5 \times 65 = 325$ Mk. in der höchsten Klasse. Es kommt also im ganzen eine neue Sonderzulage von insgesamt 330 Mk. ab 5. August bis 30. September in der höchsten Klasse, mit entsprechenden Abschlägen in den unteren Klassen, in Frage.

Wir sind der Auffassung, daß das Ergebnis von Essen nicht ohne Beeinflussung durch den Kampf in Köln zustande gekommen ist. Trotzdem können wir uns der Einsicht nicht verschließen, daß die Essener Kollegenchaft durch kluges Verfolgen aller Verhandlungsmöglichkeiten den Interessen der Kollegen mit der Geldinflation einen besseren Dienst erwiesen hat. Sie hat den Vorzettel, keine so empfindliche Lohninbuße erlitten zu haben wie die Kölner Kollegenchaft, die mindestens 2/3 Wochenlöhne verloren hat. Wenn auch durch Streikunterstützung dieses Manko für viele Kölner Kollegen nicht mit voller Schärfe fühlbar geworden sein mag, so gehen doch die dafür erforderlichen Mittel zu Lasten der übrigen Kollegen- und Arbeiterchaft in Köln usw. Wir denken dabei auch an die kaum zu vermeidende zukünftige Sitzung der durch diesen Kampf entstandenen Lasten.

Wir können und dürfen im Interesse der Arbeiterchaft nicht so leichtfertig sein, nur das zu sehen, was erreicht wurde; wir müssen als praktische Menschen auch das in Rechnung stellen, was dafür eingeleitet worden ist! Würden wir das nicht, so könnten uns die Frauen, die in dieser Hinsicht nur mit dem rechnen, was sie in die Hände bekommen, eines andern befremden; auch die ledigen Kollegen werden es an ihren Rechnungen und sonstigen Erscheinungen ihrer Lebenshaltung feststellen können, was für eine falsche Rechnung dabei herauskommt, wenn sie Soll und Haben nicht in dieser realen Weise abwägen.

Und das ist das Furchtbare, das allen pflichtbewußten Führern der Arbeiterchaft die Richtung ihres Handelns vorschreibt; das sie den Kampf erst dann wagen läßt, wenn kein andres Mittel mehr zur Verfügung steht, um die Lage der Arbeiterchaft zu verbessern oder sie vor weiteren Verschlechterungen zu bewahren. Alle Verhandlungsmöglichkeiten haben die Kölner Kollegen nicht erschöpft. Verbands- und Gewerkschaft konnten dabei auf Grund der ihnen durch die Generalversammlung vorgeschriebenen Gesetze den Kampf der Kölner Kollegenchaft nicht anerkennen, wenn nicht Diktatorienherrschaft ihren Einzug in unsre Organisation hatten sollte.

So einmütig daher auch der Kampf der Kölner Kollegenchaft geführt wurde, er wäre dennoch zu vermeiden gewesen, wenn die Kollegenchaft die ersten Mahnungen des Gewerkschafts- und Verbandsvorstandes beachtet hätte. Bei der unbestreitbaren außerordentlichen Notlage der Kölner Gehilfenschaft wäre es sicher möglich gewesen, ohne Kampf mehr zu erlangen. Und wenn es nur so viel wie in Hamburg gewesen wäre, wo die äußersten Grenzen aller Verhandlungswege genau eingehalten wurden; es wäre immer noch wesentlich mehr gewesen als das jetzige Kölner Resultat, wo das Defizit durch den verlorengegangenen Arbeitslohn das Erreichte erheblich übersteigt. Leicht wird es daher der Kölner Kollegenchaft gewiß nicht gefallen sein, diesem Resultat ihre Zustimmung zu

geben; daß sie es trotzdem getan hat, ehrt sie selbst. Denn es bedeutet die entschlossene Rückkehr auf die Wege selbstgeschaffener Gesetze der Gesamtkollegenchaft!

Denn trotz aller Ablehnung eigenmächtigen Vorgehens und trotz entschiedener Beurteilung der geschehenen Nichtbeachtung aller organisatorischen und gewerkschaftlichen Verpflichtungen verkennt wir doch nicht, daß das rücksichtslose Verhalten der maßgebenden Kreise der Kölner Buchdruckereibesitzer gegenüber der Notlage der Gehilfenschaft eine Atmosphäre geschaffen hat, die aufreißend bis aufs Blut wirken mußte. Der Schaden, der diesen Herren insgesamt durch den von ihnen provozierten Streik erwachsen ist, dürfte in die Millionen gehen; wobei noch in Betracht zu ziehen ist, daß die Nachwirkungen dieses erbitterten Kampfes noch auf lange Zeit hinaus die Arbeitsfreudigkeit der Gehilfenschaft lähmen werden. Wenn man daran denkt, mit welchen Klagen das Unternehmertum im allgemeinen und die Buchdruckereibesitzer im besonderen den Verlust jeder Arbeitsstunde beklagen, so ist leicht zu ermessen, daß sowohl durch den Streik wie auch durch die ihm folgende Stimmung innerhalb der Kölner Gehilfenschaft unermesslicher Schaden für das Gesamtgewerbe und die Volkswirtschaft erwachsen ist und noch erwachsen kann. Die Buchdruckereibesitzer in Bremen, Düsseldorf usw. können heute noch ein Liedchen davon singen. Und sicher wird der Tag nicht ausbleiben, an dem diese Folgen im Unternehmertum zur der Erkenntnis führen, daß ellenförmige Ablehnung berechtigter Arbeiterforderungen dem Unternehmertum zum Verhängnis wird. Die Tatsache, daß in Köln neben den Arbeiterdruckereien über 30 kleinere Betriebe die Forderungen der Gehilfenschaft bewilligt haben, daß sich in der Hauptsache nur die Großbetriebe schroff ablehnend verhalten haben, beweist, daß es weniger am Können als am Willen liegt. Und das ist der springende Punkt, um den sich in Zukunft alles drehen wird. Diesem Nichtwollen auf Unternehmerseite kann nur ein einheitlicher und geschlossener Wille der gesamten Gehilfenschaft ein unwiderstehliches „Bis hierher und nicht weiter!“ bieten. Und darauf kommt in Zukunft mehr denn je zuvor alles an!

Kritisches zur Situation!

Die Zeitschrift „Ende und Beginn“, redigiert von der Zeitschrift der Zentralleitung, Gehilfenvertreter und nicht zuletzt auch des „Korr.“ dem Buchdruckunternehmertum gegenüber, zwingt mich zur Wortmeldung. Die Redaktion wird es wohl nicht sonderlich krumm nehmen, wenn ich trotz des so oft seitens der Redaktion betonten Raum mangels auch für mich einmal etwas mehr Raum in Anspruch nehme, um einige kritische Betrachtungen anzustellen.

Der Verfasser von „Ende und Beginn“ versucht mit allem und jedem zu beweisen, daß die Taktik der Zentralleitung sowie der Gehilfenvertreter bei der gegenwärtigen Lohnbewegung wie auch bei den früheren immer die richtige war. Was der Verfasser bei dieser Gelegenheit den Prinzipalen ins Stammbuch notiert, ist zu akzeptieren, nur blieb zu wünschen übrig, daß die Löhne etwas schärfer ausgefallen wären, trotzdem ich ja davon überzeugt bin, daß dies nach all den Erfahrungen, die man bis jetzt gemacht hat, wenig fruchten wird. Die Unternehmer im Buchdruckgewerbe haben ja im Laufe der Jahre — mit Bitterkeit muß es gesagt werden — langsam genug festgestellt können, daß man an maßgebender Stelle im Gehilfenlager ängstlich einem Kampfe zur Eringung einer besseren Erlöses aus dem Wege zu gehen versucht. Mit Bitterkeit schaut man auf die „Erfolge“ der Gehilfenschaft seit 1918, nein, seit 1914, während und nach Ende des Krieges bis auf den heutigen Tag. Ein fortgesetztes Geilicheln um mehr oder weniger in allen stattgegebenen Verhandlungen, die nur stattfanden, wenn es den Herren Prinzipalen genehm war; die es immer verstanden, es zu Verhandlungen kommen zu lassen, wenn die Zeit für sie günstig schien, die Wünsche der Gehilfen nicht in den Himmel wachsen zu lassen. Trotzdem gab es die Gehilfenvertreter immer nach — und es liebten Friedens willen — und es kam allmählich zu „Verständigungen“, wobei das Reichsarbeitsministerium verschiedentlich kräftig mitwirkte.

Aber diese „Verständigungen“ fanden nicht immer Verständnis bei einem großen Teile der Gewerkschaft, namentlich nicht bei den Gewerkschaften in den westlichen Industriegebieten, und es kam zu Teiltretts mit mehr oder weniger Erfolg. Im Tarifstreit II (bestehes Gebiet) erfolgte die Gewerkschaft durch ihr fortgesetztes energisches Vorgehen (aus der Not geboren, nicht aus Übermut) eine Sonderaufgabe in Höhe bis zu 50 M., und trotz dieses Erfolges wurden diese „Seltensprinzen“ als Misslingen von oben scharf verurteilt. Säßen die Gewerkschaften in den bestehes Gebieten im Westen die Sonderaufgabe je erhalten — auch nachträglich die Gewerkschaften in den übrigen bestehes Gebieten —, wenn sie sich nicht dieselbe erkämpft hätte? Nein! Und weiter: Noch erbärmlicher wären die körperlichen Zustände ausgefallen für die Gewerkschaften, wenn es nicht nach jedem Verhandlungsbild bald hier, bald da zu „Seltensprinzen“ kam, die die Prinzipale aufschreckten und zu weiteren Zugeständnissen zwangen. Zum Beweise dienen die während des Krieges „bewilligten“ geradezu erbärmlichen Lohnzulagen, wogegen sich die Gewerkschaften infolge der Militärdiktatur und des Burgfriedens nicht auflehnen konnten und, um das erbärmliche Leben stillen zu können, gezwungen waren, ihre zermürbte Arbeitskraft noch anderweitig zu verkaufen, wozu man „höheren Orts“ gnädigst die Erlaubnis gegeben hatte. Der Erfolg dieser Taktik war bald zu erkennen nach Siriegende. Mit frecher Stirn wies man immer wieder die Prinzipale, denen man aus der Not und zum Reichlum verhoßen hatte, die berechtigten Wünsche der Gewerkschaften zurück. Waren da die Seltensprinzen, als die Gewerkschaften, nicht zu verstehen?

Das war bis 1920. Es kam die Generalversammlung in Nürnberg. Diese Generalversammlung sollte nach Ansicht der Redaktion und der Zentralleitung die Kopfwäsche für die „Misslingen“ bringen. Aber die Kopfwäsche fiel sehr hart aus, selbst Bremen kam glimpflich davon. Es herrschte eine verhältnißlose Stimmung oben in den „höheren Regionen“, wohl nicht zuletzt zurückzuführen auf den Umstand, daß die Opposition recht viel zu schaffen machte und weil man diese durch ein schroffes Vorgehen nicht noch stärken wollte. Ich hatte wenigstens diesen Eindruck gewonnen als Teilnehmer der Generalversammlung. Nichtsdestoweniger, man wollte auch einmal Ruhe haben, und von diesem Bedürfnisse durchdrungen war auch die Mehrheit der Generalversammlung. Man war aber auch von der Auffassung durchdrungen, daß nach all den vorausgegangenen Debatten über die in Zukunft zu beschreitenden Wege auf organisatorischem und tariflichem Gebiete namentlich in tariflicher Hinsicht andre, der Neuzeit entsprechende Richtlinien den maßgebenden Störperschaften, die die Interessen der Gewerkschaften zu vertreten haben, mit auf den Weg gegeben werden müssen. Und diese Richtlinien waren gegeben in den tariflichen Verträgen (die ich hier nicht anführen will und auf das Protokoll verweise); sie wurden von der Generalversammlung angenommen mit großer Mehrheit, und nach dieser Zeitfrist sollte der neuzeitliche Tarif aufgebaut werden als Gewähr dafür, daß einstill Ruhe im Gewerbe eintrete.

Nachdem also die Generalversammlung eine Klärung geschaffen und den Gewerkschaften bestimmte Aufträge mit auf den Weg gegeben hatte, war es logisch, daß auch die Generalversammlung zu dem Entschlusse kommen mußte, daß hinsichtlich örtliche Bewegungen zu unterbleiben und sich jeder den Beschlüssen der Generalversammlung anzuliegen habe.

Nun ist aber leider festzustellen, daß die Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen Ende vorigen Jahres zuerst die Beschlüsse der Generalversammlung durchbrachen, indem sie die Zeitfrage, wonach der neue Tarif aufgebaut werden sollte, fallen ließen bis auf einen Punkt: Urabstimmung. Der alte Tarif — mit einigen unwesentlichen Änderungen — wurde aus der Taufe gehoben. Ja, wird man einwenden, diesen neugeschaffenen Tarif haben aber doch die Gewerkschaften durch Urabstimmung akzeptiert! — Gewiß, das stimmt! — Aber! — Hat man es nicht ausgedrückt verstanden seitens der Prinzipalität, auch hier wieder — wie bei allen Gelegenheiten — die Gewerkschaftenvertreter hinzuziehen — so, daß erst 14 Tage vor Weihnachen es zur Urabstimmung kam, zu einer Zeit, als das Weihnachtsgeschäft zum größten Teile unter Dach und Fach lag und, und die jeweilige schon große Arbeitslosigkeit weiteren Umfang annahm? Also wieder einmal in einer für die Prinzipale günstigen Zeit wurde die Entscheidung gefällt. Es war natürlich, daß die Gewerkschaften in ihrer Mehrheit in einer solchen Zeit das kleinere Übel wählten, den Tarif akzeptierte und auf eine bessere Zukunft hoffte; zudem war auch eine Kampfmüdigkeit eingetreten, nichtsdestoweniger im Tarifstreit II der Tarif seine Ablehnung fand.

Man sollte also auf spätere, bessere Zeiten; man sollte auch auf eine bessere Einleit der Prinzipale. Das Gegenteil trat aber ein. War schon für einen aufmerksamen Beobachter festzustellen, daß die Prinzipale gleich nach der Nürnberger Generalversammlung erleichtert aufatmeten, so trat offensichtlich in die Erscheinung, daß, als der Tarif angenommen, die Prinzipale annähernd und provozierender denn je aufrufen. Warum? Sie hatten die Gewerkschaften wieder in Händen; dieselben hatten sich auf zwei Jahre festgelegt. Und wer behauptet, die Prinzipale lachten durch ihr provozierendes Benehmen einen Kampf, so sage ich: Nein! Ich behaupte, weil die oberste Instanz im Gewerkschaftenlager dem Kampf aus dem Wege geht, ihn fürchtet, aber auch ein Teil der Gewerkschaften, das kann ruhig gesagt werden, deshalb können die Prinzipale so zugewöhnt sich verhalten. Wäre dem nicht so, zeigte man etwas mehr Kampfmüdigkeit, dann wäre es anders; denn im Grunde genommen fürchten die Prinzipale in ihrer Mehrheit den Kampf auf allgemeiner Grundlage. Und ich bleibe die

Schlusfolgerung: Die Gewerkschaften hätten im Oktober v. J., als die Zeit noch günstig war; die Entscheidung der Gewerkschaften anrufen müssen; aber da hat man sich mit einer erbärmlichen Lohnzulage abgefunden und wochenlang bei den Tarifverhandlungen hinhalten lassen, immer in dem Glauben, noch etwas Erprobliches herauszuholen, dabei aber alles preisgab! Das war ein großer Fehler, der sich schon im Januar d. J., einige Wochen später, bitter rächte. Die Nachentscheidungen, die bei dieser Gelegenheit die Gewerkschaften seitens der Prinzipale erließen, sind wohl noch in aller Erinnerung. Und so ging es immer weiter: Immer Nachentscheidungen und immer wieder Nachentscheidungen, und am tollsten bei der letzten Bewegung! Wer will das bestreiten?

Und da muß man die Frage aufwerfen, haben Arbeitsgemeinschaften, die in Wirklichkeit keine mehr sind, da es doch niemals zu einer gerechten Verständigung kommt und die Gewerkschaften immer im Nachteile bleiben, überhaupt noch Sinn? Nein! Diese Auffassung wird sich immer mehr bei denen durchsetzen, die sich nicht gewalttätig den Tatsachen verschließen wollen.

Nun zu den örtlichen Bewegungen. Ich billige sie nicht, kann sie nicht billigen, weil sie die Kräfte verzerren. Aber sie sind die Folgeerscheinungen der oben nach meiner Auffassung gekennzeichneten falschen Verbands- bzw. Gewerkschaftenvertretertaktik; eine Taktik, die die Mehrheit der Generalversammlung nicht gewollt hat. Man wollte endlich Ruhe haben und — das Gegenteil ist eingetreten. Warum? Weil die Gewerkschaften die Beschlüsse der Generalversammlung nicht durchgeführt haben, die Zeitfrage beiseite ließen. Man mag einwenden, die damaligen wirtschaftlichen Verhältnisse standen uns im Wege, die es nicht erlaubten, alle Wünsche durchzusetzen. Ich lasse dies nicht gelten! (Das ist allerdings äußerst bequem. Red.) Immer und immer wieder besone ich: Man fürchtete den Kampf, deswegen ging man einer frühzeitigen Entscheidung durch die Gewerkschaften aus dem Wege und handelte und verhandelte auf Kosten der Gewerkschaften weiter! Dann wird man einwenden: Wer trägt die Verantwortung? Verantwortungslose Menschen sind es, die sorgelose nach Kampf schreien! Glaubt man denn wirklich noch, ein Kampf ist zu vermeiden? — Ich nicht! — Aber das ist wieder nicht faktisch klug, wenn man das öftentlich sagt. Als wenn das die Prinzipale nicht selbst wählen! Aber geht den Fall, der Kampf ist zu vermeiden, muß er dann unter allen Umständen vermeiden werden. Nein und abermals Nein! Ich bin der letzte, der den Kampf nur um des Kampes willen predigt. Alle Verhandlungsmöglichkeiten sollen erschöpft werden! Sucht man aber die Gewerkschaften zu brüskieren, immer wieder hinzuhalten, dann nützen Verhandlungen nichts mehr; sie sind dann für eine starke Organisation notwendig. Dann Kampf, mag es liegen oder brechen! Dann muß gezeigt werden, wer der stärkere ist.

So wurde früher gehandelt, wenn es mir gestattet ist, auch einmal an das Früher zu erinnern, wie dies so gern und oft der „Korr.“ tut. Und so sollte auch jetzt gehandelt werden, und nicht anders, wenn man Anspruch noch darauf erheben will, ein moderner Gewerkschaftler zu sein.

Aus dieser Auffassung heraus ist auch die Resolution zu verstehen, die in Eberfeld am 25. Juli einstimmig angenommen worden ist (öftentlich im „Korr.“ Nr. 90). Und da dieser Resolution nicht Rechnung getragen worden ist, da die letzten Abmachungen in keiner Weise befriedigen auf Grund der immer krasser in die Erscheinung tretenden Steuerung, mußte auch die letzte Konsequenz gezogen werden durch die Annahme der Resolution in der Eberfelder Versammlung am 30. Juli gegen drei Stimmen, wonach die Abmachungen abgelehnt und zwecks Sonderverfahren mit den übrigen Bezirken des Kreises II in Verbindung getreten werden soll. (Einen ähnlichen Beschluß hat auch Eisen gefaßt.)

Ich sage so leichthin: Sondervorgehen. Dabei bewache ich (ich muß mich nämlich als der Verfasser selber Resolutionen bekennen) und wohl auch die Mehrheit des Eberfelder und Barmen Bezirke gar kein Sondervorgehen. Im Gegenteil: Ich hoffe, daß, wenn die Bezirke im Tarifstreit II einmütig der Resolution zustimmen, man dies nicht so schweigend wie örtliche Bewegungen „höheren Orts“ überläßt, sondern darauf einget, und damit ist dann schon viel gewonnen. Aber auch andre Kreise und Bezirke werden aufmerksam, und das ist die Hauptsache. Ich bin mir bewußt, daß die Kollegen im übrigen Deutschland genau so der Schuld drückt, wie die Kollegen in den bestehes Gebieten, und wiederum Sonderwünsche durchdrücken wollen die Kollegen im bestehes Gebiete nicht, das kann ich wohl mit Bug und Recht behaupten, sondern im Gegenteil: Gemeinames Vorgehen auf der ganzen Linie! Endlich einmal heraus wollen wir aus dem würdevollen Zustande. Wir haben genug Geduldprobe gezeigt! Zeigen wir einmal, da mit Güte nichts zu erreichen ist, da wir auf dem Verhandlungswege nicht aus dem Glend herauskommen und nur am Marrenseile herumgeführt werden, daß wir auch kämpfen können! Das ist keine Phrasen, auch nicht kommunistisch, sondern die bittere Notwendigkeit!

Söllingen.

Joseph Mombauer.

Gewerkschaftsstrategen

Wenn die Bauarbeiter jetzt allerorten neue Lohnforderungen durchzubringen suchen, so ist der Zeitpunkt wohl angebracht; meist sind die Neubauten angefangen und es soll wenigstens der Rohbau bis zum Winter fertig sein. Daß alle deutschen Arbeiter unter dem Westlerstimmium stehen, weiß jeder Gewerkschaftler. Deshalb sind die Bau-

arbeiter mit ihrer Taktik im richtigen Bilde. Aber daß diese Arbeiterkategorie im Winter, etwa um Weihnachen, eine Bewegung einleite, so etwas haben wir noch nie gehört. Deren Führer wissen ganz genau: wo nichts ist, kann auch nichts gefordert werden.

So etwas nennt man Strategie. Sie kann nicht bloß militärischer, sondern auch wirtschaftlicher Natur sein. Aber in beiden Fällen sind Führer da, die die Richtlinien für den Kampf, die Parole, ausgeben und dann heißt es: liegen oder sterben. Wohl mit dem Unterschied: Militärisch kann's der Tod sein, wirtschaftlich heißt es schlummern, möchte man sagen. Man stirbt nämlich nicht so schnell. Nach einem verlorenen Streik muß man auch noch weiterleben, und sei es nur ein Vegetieren, aber man lebt. Und nun kommen neue Führer und lagern: laßt uns die alten ablösen, sie bringen nie und nimmer es fertig, den Buchdruckerharn in die Höhe zu fahren. Frisch gewagt, ist halb gewonnen. Nur der selbe Mann älter vor der Tat. Wir müssen die Masse über die Köpfe der Führer bringen und so weiter. Und wie sieht diese neue Strategie aus? Nicht gerade genial. Oben sprach man vom geeigneten Zeitpunkt. Wann ist der da? Im Hochsommer oder im Winter? Dumme Frage, was! Haben die Köhner, Mainz und andre Kollegen völlig den Maßstab für das verloren, was schließlich als kluge Taktik angeprochen werden muß? Wann ist unsre Begründung zur Lohnerbhöhung loslicher vor dem Tarlauschusse ernst zu nehmen? Wenn die neuen Propaganda vorliegen, wenn die Kartoffelernte durch die Erntezeit mitleidig, wenn die 80 Millionen Steuern förmliche Lebensmittel enorm verteuern, wenn wir kommunale und eventuell Reichstagsgewählten haben, wenn Schul-, Universitäts- und Parlamentsferien zu Ende sind, große Messen stattfinden, Weihnachtsannoncen und Bücher hergestellt werden. Das etwa wäre ein Termin für zentrale Maßnahmen. Ausgerechnet für örtliche Bewegungen wählt man sich die Sauregurkenzeit.

Ist denn überhaupt die Masse berechtigt, führend tätig zu sein? Geben wir uns ein paar Beispiele an, wie unklugmüßig dieselbe ist: sie kann so, kann auch anders. Je nachdem, so von Fall zu Fall, sagt man auch. Wir haben im März, wie 2000 Arbeiter auf dem Marktplatz einer Stadt im Ruhrgebiete irennlich nach Waffen schrien, es schienen hysterische Frauen zu sein. Und im August stehen ebensoviele Männer mit Waffen, acht Stompaugen stark, im Zollnieder und mit einem halben Pfund Orden auf demselben Marktplatz! Salt, etwas vergahen wir. Die Gewehre waren diesmal aus Holz.

Wir lagern, das sind die Menschen, die lange Jahrzehnte erprobte Arbeiterführer an die Wand drücken wollen. Aber es kommt noch besser. In allen Städten sind bürgerliche Schützenfeste statt, anderswo gibt es „Deutsche Tage“, „Semelwoche“, „Oberösterreichische Kundgebungen“ u. dgl. Und hier daselbe Bild. Schwarzweilprot, Militärmusik, Spühen der Behörden und „Deutschland über alles“ wird alle nachelung von Massen geungen.

Oder ein Beispiel aus den Betrieben. „Wo sind die Untergruppenführer, die sogenannten Objekte und Betriebsräte? Wie viel Schreier sind da nicht schon ungeschlagen!

Ein Bild, das die gewerkschaftliche Schulung unter Verbandsunkindern schon längst ihre Probe bestanden hat. Die Kreise, die berufen sind, dem Betriebsratgelehd den richtigen Geist zu geben, sind arg zusammengeschnitten. Neulich sagte ein Chef seinem andern Kollegen: „Ich gebe den maßgebenden Objekten reißlos „Druckpunkt“ im Betriebe, von da an sehe ich sie nur noch mit ihren andern Kollegen herumstreifen, zu mir kommen sie seltener.“ Wer im Felde war, weiß, was ein Druckpunkt bedeutet. Man ist also (ungeachtet) Arbeiter und doch kleiner.

Aberhaupt hat sich auch auf andern Gebieten das Bild arg verlohoben. Unre jungen Kollegen machen es sich leicht. Sie leben kaum mehr in der Welt herum; aber dabei wird um so mehr „Krieg“ gepfeift. Warum geht die junge Generation so wenig in die kalte Jagluft der weiten Welt? Und denkt so ein älterer Kollege daran, daß bei einem etwaigen Schelten eines lokalen Streiks, wenn ihm seine Offizin verschlossen bleibt, denkt er wohl daran, daß er wohl auswärtig eine Stellung, aber keine Wohnung erhalten kann? Sind denn alle Kollegen klaffenbewußte Kämpfer? Sind nicht auch bloß Beiragsablenkenden darunter? Wobin geht die Reise?

Wer weiß von den jungen Mannschaften, was das heißt, von Ort zu Ort laufen, und die Tiere verschlossen finden, die bloß für NV offen steht. Ist einmal die alten Annoncen der Fachzeitschriften durch. An all das muß erinnert werden, wenn die Rede geht, die alten erprobten Führer mit ihrer „Beruhigungspolitik“ zum Teufel zu jagen. Und wer kommt dann an die Spitze? Kollegen, die den Hochsommer für einen geeigneten Zeitpunkt zum Zuschlagen halten!

All diese Erinnerungen sollen wachgerufen werden von einem Kollegen, dessen vieles Wandern in der Welt herum nicht durchblicken läßt, daß er ein richtiggebender „Bonz“ ist oder wird. Wir wollen stets daran denken, nie davon werden. Stets zum Schloge bereit sein. Finanzziel wie moralisch. Dann etwa mag man uns kommen und lagern: der Zeitpunkt ist gekommen. Gewerkschaftsführer, auf zum Kampf!

Münster.

Rudolf Schumacher.

An Südbayern!

Dem unter dieser Überschrift vom Kollegen A. H. (Ergoldsbach) erschienenen Artikel in Nr. 89 sollte ich volle Zustimmung. Er hat recht, wenn er sagt, nur unsre Fachzeitschriften seien hier in der Provinz unsre Fortbildungsmittel. Nur theoretische Fortbildung ohne Erläuterung von sachmännlicher Seite ist uns Provmalern möglich, die Abbal-

fung von Kurien wie sie in den großen Druckorten stattfinden, bleibt uns verlag. Unter den Provinzialkollegen befindet sich bestimmt eine Menge, die völlig danach dürftig, mehr Fortbildung genießen zu können; aber dadurch, daß an diesen kleinen Druckorten nur wenig von Kollegen leben, ist es diesen eben nicht möglich, derartige Kurie zu arrangieren. Des öfteren habe ich mich gerade aus diesem Grunde danach gelehrt, in einem größeren Druckorte Konditionen zu nehmen. Als voriges Jahr die Bezirksvereinsintention in Bayern kam, hoffte ich in dieser sowie gesellschaftlicher Beziehung Besserung. Doch leider. Kollege A. H. regt an, es sollten des öfteren Versammlungen in den größeren Druckorten stattfinden, die dann die Provinzialkollegen besuchen sollten. Auch mein Wunsch geht dahin, man möchte sich in Kollegenkreisen enger zusammenschließen, denn die Zeit gebietet es. Eine Anzahl von Kollegen aus der Provinz würde solchen Einladungen lieber Folge leisten, vielen Kollegen aber wieder (insbesondere den verbeiratheten) würde der Besuch verlag bleiben müssen infolge der Auslagen und in Anbetracht der kargen Buchdruckerlöhne. Die Bezirksvorsitzende möchte ich aber bitten, sich die Anregung des Kollegen A. H. angelegen sein zu lassen und zu versuchen, ob nicht auch in Bayern das möglich sei, was man in Norddeutschland seit Jahren hat. **Bliesburg (Mbb.). M. A.**

In Nr. 89 des „Korr.“ beklagt sich Kollege A. H. (Ergoldsbach) über den holländischen Stand eines südbayerischen Provinzlers, macht seinem Herzen Luft und empfiehlt den Bezirksvorsitzenden, einmal darüber nachzudenken, ob nicht Abhilfe geschaffen werden kann. Ich will kurz mitteilen, in welchem Maße dies bisher geschehen ist und welche Auswirkungen sich zeigen.

In der Erkenntnis, daß speziell wir Buchdrucker an untrier Berufsfortbildung weiter schafften müssen, hat es sich der Bildungsvorstand der Deutschen Buchdrucker zur Aufgabe gemacht, an allen Druckorten Ortsgruppen zu bilden, wo in kollegialem Beisammensein und in Kurien das Rüstzeug zu unserm Griffenhandwerk vervollständigt werden soll. Rundendungen, die aus müßigerlicher Arbeit zusammengefaßt sind, werden den angehörenden Ortsgruppen mit Referat zur Verfügung gestellt, und die Dinge wären soweit in Ordnung, wenn... ein Teil untrier Kollegen diesen Bestrebungen auch das nötige Verständnis entgegenbrächte. Vor einiger Zeit war z. B. an einem Orte die Gründungsverammlung einer Ortsgruppe, zu welcher der Kreisvorsitzende das Referat übernommen hatte. Er konnte aber nach seiner Ankunft mit dem nächsten Zuge wieder heimfahren, weil außer dem sehr fälligen Kollegen, der die Gründung in die Wege leitete, kein Mitglied erschienen war. Einem andern Orte stand zweimal ein Referat zur Verfügung, doch beide Male konnte der Vortrag nicht gehalten werden, weil man keine Kollegen zusammenbrachte. Eine andre Ortsgruppe wollte am Vortageabend eine Rundendung ausstellen. Der Vorsitzende klappte sich die Lippen zusammen, allein zu stehen, da an diesem Abend alle andern Kollegen keinen Zeit hatten usw. Wenn auch glücklicherweise nicht in allen Ortsgruppen des Kreises Südbayern solche Mißstände zu beobachten sind, so freut es doch alle Vorstehenden, ja es ist für sie sogar ein Bedürfnis, wenn sie bei ihrer idealen und intensiven Tätigkeit bei den Mitgliebrern das Verständnis und die Unterstützung finden, die sie zu ihrer Arbeit nach Feierabend brauchen.

Kollege A. H. möge also zur Kenntnis nehmen, daß gerade der Bildungsvorstand sich alle Mühe gibt, die Kollegen in den typographischen Vereinigungen zusammenzuführen. Des weiteren wird es Kollegen A. H. aus Ergoldsbach sicherlich freuen, zu erfahren, daß er in der nahegelegenen typographischen Gesellschaft Landsbut das findet, was er sucht.

Und so grelle ich seinen Appell an und rufe allen außenstehenden Kollegen zu: Folgt dem Beispiel des Kollegen A. H. und werdet Mitglied des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker!
München. Sundermann.

Unter dieser Überschrift bringt Kollege A. H. im „Korr.“ Nr. 89 eine Auslassung, die unsere südbayerische Provinz aus dem Dornröschenschlaf erwecken soll. Wenn von den Provinzorten im „Korr.“ weniger zu lesen ist wie hauptsächlich von den Großstädten, so liegt das nicht daran, daß sich nichts rührt, sondern daran, daß man dort noch tief nach der Meinung ist, ein Bericht aus diesem oder jenem kleinen Orte hat im „Korr.“ keine Bedeutung und wird nicht gelesen. Daß sich nach Meinung des Kollegen A. H. in Bayern gar so wenig rührt, dürfte wohl etwas übertrieben sein. Ich empfehle dem Kollegen, den Gaubericht zu lesen und er wird in demselben viele Provinzorte mit ausgiebiger Berichterstattung finden.

Die Anregung, daß in den Städten öfters Versammlungen stattfinden sollten, um den ganz draußen Stehenden nach Möglichkeit Gelegenheit zu geben, dieselben zu besuchen, ist begründbar. Versammlungen werden aber wohl in jeder Stadt mit größerer Mitgliederzahl regelmäßig gehalten. Da sollte es Kollegen A. H. nicht möglich sein, bei seinem großen Interesse, das er nach seinen Ausführungen bekundet, die ihm nächstgelegene Stadt zu erreichen, um daran teilzunehmen? Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg.

Selt dem letzten Gauslage wurde in Bayern Bezirksvereinsintention eingeführt, um den Kollegen selbst in ganz entlegenen Orten den Besuch einer Versammlung zu ermöglichen und dieselben in allen Organisationsfragen aufzuklären. Die Bezirksvereine sind sehr rührig und halten im Frühjahr und Herbst je eine Versammlung ab, abwechselnd in einem günstig gelegenen Orte. Da meistens

teils der Gauvorkauf auf den Lagungen anwesend ist, haben gerade die ganz außen Stehenden zu reger Ausprache reichlich Gelegenheit. Daß aber leider die kleinsten Orte bei diesen Versammlungen selten vertreten sind, davon können die meisten Bezirksvorsitzenden berichten; auch wird die Arbeit derselben dadurch erschwert, daß brieflich gestellte Fragen von vereinzelt stehenden Kollegen gänzlich unbeantwortet bleiben, und es wäre oft so notwendig, in manch einem Ort hineinzuleuchten, um die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen.

Deshalb möchte ich Kollegen A. H. und allen ganz außen Stehenden empfehlen, die Bezirksvereinsintention zu besuchen und in denselben die Anregung zu geben, den ohne jeden Anstoß daselbstenden Kollegen denselben zu vermitteln. Es ist in der jetzigen schweren Zeit mehr denn je notwendig, die Gehilfschaft in der Provinz aufzuklären, und dies geschieht am besten in den Bezirksvereinsintentionen!

Darum, keine Gelegenheit hierzu veräußern. Diese bietet sich im allgemeinen überall.
Donauböhrb. Max Reindl.

Mit vortheilhaftem Für und Wider wollen wir über diesen Punkt den Vorhang lassen. Mit besonderen Schwierigkeiten bezüglich lachendischer Fortbildung und kollegialer Führung mit dem großen Gange haben leider alle Kollegen in entlegenen Druckorten zu rechnen. Durch die Seltenheit der Fabri- und Vorhofsorten haben sich diese Verhältnisse zweifellos gegen früher wesentlich verschlechtert. Wir sind jedoch überzeugt davon, daß sich alle Vorstände und berufenen Vertreter der Kollegenchaft auch fernerhin die größte Mühe geben werden, mit diesen berullichen „Einsiedlern“ in Verbindung zu treten. Dagegen wäre es aber nur zu begrüßen, wenn diesen Bestrebungen auch von letzteren mehr Entgegenkommen bewiesen würde. Wenn gerade bezüglich der Kollegen in Ergoldsbach sind wir davon untrierlich, daß z. B. auf der letzten Landshuter Bezirksversammlung zwei von ihnen anwesend waren, aber keiner von ihnen besondere Wünsche oder Anregungen vorbrachte. Und gelegentlich des großen Kollegenfestes zu Wittingen d. S. in Regensburg (nicht weit von Ergoldsbach) waren Kollegen von weit und breit herbeigeströmt, von C. aber niemand! Die Dinge haben also auch hier ihre zwei Seiten. Und wir werden am besten darüber hinwegkommen, wenn wir alle versuchen, in Zukunft einander besser zu verstehen und gerechter zu beurteilen!
Die Redaktion.

□ □ □ **Korrespondenzen** □ □ □

Witteld. In der gutbesuchten Versammlung am 30. Juli nahm auch die hiesige Gehilfschaft Stellung zu dem am 27. Jull gefällten Schiedspruch, sowie zu dem am 25. Jull nun ebenfalls gefällten, abzuwägen. Besonders scharf kritisiert wurde der Standpunkt der Prinzipale, ihren Gehilfen betrreffs Lohnaufbesserung auch nur einigermaßen andern Gewerkschaften gegenüber entgegenzunehmen. Nun, soviel steht fest, daß der Buchdrucker, wenn man nur die hiesigen Verhältnisse in Betracht zieht, weit hinter dem Gehalte des Nachwärtlers und dem eines Strabenkehrers zurücksteht, dabei sind diese Leute zum Teil noch penionsberechtigt. Wenn auch die schwere Arbeit untrier Gehilfsenortreter anerkannt werden muß, so erregte doch der Fallus des Schiedspruchs Mißstimmung, daß der Tarifausschub erst in der zweiten Hälfte des Monats September zu neuen Verhandlungen zusammentritt. Dagegen protestiert die hiesige Gehilfschaft ganz entschieden, wenn man die augenblickliche Teuerung, und, was der schwerwiegendste Punkt ist, die am 15. August eintriefende Brotverteuerung in Betracht zieht. Untrier Ergründungen auf dem Gebiete des Lohnkampfes haben schon des öfteren auch auf jellen der Prinzipale Kopfschütteln verursacht. (Nicht auch durch derartige Gesen einzelner Prinzipale nicht irreführen. Im Tarifausschub merkt man von solchem Kopfschütteln über die unzulänglichen Löhne nichts! Red.) Die Deuße der hiesigen Gehilfschaft ist: Zusammentritt des Tarifausschusses im Monat August.

Blankeneß. In der Versammlung am 31. Jull gelangten zwei Resolutionen zur einstimmigen Annahme. In der ersten wird der Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums vom 25. Jull entschieden abgelehnt und eine wöchentliche Lohnaufbesserung von 60 Mk. ab 1. August für alle Gehilfen mit Wegfall der Wirtschaftsbefehle verlangt. Weiter wird darin den Gehilfsenvertretern ein Mißtrauensvotum ausgestellt, weil sie die günstige Konjunktur veräußerten und wieder auf spätere bessere Zeiten vertrösteten. Gleichzeitig wurde vom „Korr.“ eine Sprache als Gewerkschaftsbefehl gefordert. Die zweite Resolution bringt zum Ausdruck, daß die Versammlung in den Maßnahmen der Unternehmer, die darauf hincielen, den nächsten Tag zu besiegeln und den Abbau der Löhne vorzunehmen, die logische Schlussfolgerung erblickt, die aus dem Minimalum der Entente sich ergebenden Lasten reiflos auf die Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen. Diese Maßnahme führt aber zur weiteren Verelendung der Arbeiterklasse. Infolgedessen beauftragt die Versammlung den Verbandsvorstand, die sofortige Durchführung der vom ADBB. aufggestellten Forderungen beim Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zu fordern.

Eisleben. Am 6. August nahm der hiesige Ortsverein zu dem abgeänderten Schiedspruch Stellung. Trotzdem das Ergebnis keineswegs befriedigte, erklärte sich die Kollegenchaft doch für Durchführung des Schiedspruchs, erwartet aber von den Verhandlungen im September end-

lich den langlebtesten Ausgleich. Nachstehende Entschließung fand einstimmige Annahme: „Der Ortsverein Eisleben ist einmütig der Auffassung, daß mit der bisherigen Methode, der herrschenden Teuerung durch großemwelle Zulage zu steuern, unter allen Umständen gebrochen werden muß. Er erwartet zur Beendigung der überaus großen Not der Gehilfen von den nächsten Verhandlungen eine Zulage von mindestens 50 Mk. wöchentlich. Sollte dieser Ausgleich an der sofortigen Verständlichmachung der Prinzipale scheitern, so ist der Streik untrierlich in die Wege zu leiten.“

Hamburg. (Mitgliebrerversammlung vom 5. August.) Drei der Hamburger Arbeitervereine kurz nacheinander durch den Tod enttrienen Mitgliebrern widmete Kollege Runkler Worte des Gedenkens, ihre Verdienste hervorhebend. Kollege Max Cohn erstattete den Bericht von der Sitzung des Ortsausschusses, in der der Jahresbericht besprochen wurde. Nach dem rituellen Ausschwunge leit der Revolution ist jetzt leider eine Stagnation im Mitgliebrerbefande der Gewerkschaften eingetreten, während christliche und kirchlich-bundliche gemann. Aber die Gauvorsitzerkonferenz berichtete Kollege Runkler. Er gab einen kurzen Rückblick auf die einzelnen Objekte der letzten Lohnverhandlungen und schilderte die Stellung der Gauvorsitzerkonferenz dazu. Kollege Reindorf hat, nicht lange über die leidige Wirtschaftsbefehle zu diskutieren, wir alle wissen, wie mangelhaft wir entloht werden. Er brachte eine Entschließung ein, in der die Stellungnahme der Gauvorsitzerkonferenz gebilligt, die geringe Verbesserung des Schiedspruchs als ungenügend bezeichnet und gefordert wird, daß bei den nächsten Verhandlungen einmütig mit dem System der Wirtschaftsbefehle gebrochen wird. Kollege Thorban hielt die neuen geringen Bewilligungen durch die neue Teuerungswelle längst für überholt. Wir könnten dem Schiedspruch nicht zustimmen. Da die Interessen der Gesamtkollegenchaft in Frage kämen, sei ein ritliches Sondervorgehen nicht angebracht. Alle Mitgliebrschaften müßten auf den Verbandsvorstand einen entsprechenden Einfluß ausüben. Kollege Berg meinte, daß die Unternehmer letzten Endes dem Schiedspruch zustimmen, weil der Kampfeswille der Kollegen von Tag zu Tag wachse. Wo Leipzig abgelehnt habe, müßten auch wir es tun und durch einen ritlichen Kampf unsere Forderungen durchsetzen. Er brachte eine entsprechende Entschließung ein, in der die Umwandlung der Teuerungszulage in eine feste Lohnzulage und eine Erhöhung des Lohnes für alle Gehilfen um 50 Mk. gefordert wurde. Kollege Rump wandte sich gegen die Gauvorsitzerkonferenzen in der jetzigen Form, die sich allmählich von Zusammenkünften rein informatorischen Charakters (Das Statut besagt etwas andres. Red.) zu „kleinen Generalversammlungen“ ausgewachsen haben, in der wichtige Beschlüsse über die Köpfe der Mitgliebrer hinweg gelast würden. Einen ritlichen Kampf lehnte er ab; zu den neuen Verhandlungen müßten wir aber unsern Vertreter, gewerkschaftliche, Kollege Göde sprach für geschlossene Ablehnung und ritlichen Kampf; die neue Zulage bedürfte nach dem Erlebniswerte 30—50 Pf. wöchentlich. Kollege Belzen hielt nach den bisherigen Erfahrungen für den „Korr.“ eine Kontrollinstanz für unbedinglich erforderlich. Die „Korr.“-Redaktion sei ein kleiner Ableger des Verbandsvorstandes. Mit dem System der Gauvorsitzerkonferenzen müsse aufgeräumt werden. Ritlichem Vorgehen könne er nicht das Wort reden, persönliche Courage sei notwendig. Kollege Runkler wies darauf hin, daß in wenigen Monaten die Anträge zur Generalversammlung beraten würden; dann könnten notwendig ersehene Verbesserungen in der Organisation und Technik vorbereitet werden. Zentrale, kursritliche Verhandlungen müßten auch zentral abgeschlossen werden. Die Urabstimmung gelte nur für direkte Tarifierungen. Das System der Wirtschaftsbefehle müsse bei den nächsten Verhandlungen fallen. Kollege Thorbauer meinte, die Parole zum Kampfe könne nur von der Zentrale ausgehen werden. Eine ritlicher Kampf führe zur Kräfteverpflüsterung. Kollege Vogel sprach für ritliches Vorgehen; andre Orte würden folgen und so zentrale Verhandlungen erzwängen. Kollege Herzog wog die vorgeschlagenen Wege gegeneinander ab und konnte ein ritliches Vorgehen gegenwärtig nicht empfehlen. Kollege Max Cohn begründete kurz folgende Entschließung Thorban-Cohn: „Die am 5. August tagende Versammlung der Gehilfen des Gaus Hamburg-Altona lehnt es ab, das Ergebnis des letzten Abkommens als Erfolg zu buchen oder auch nur als Ausgleich für die bereits erfolgte neue Teuerung anzusehen. Wenn sie trotzdem noch von ritlichem Vorgehen abbleibt, so nur, weil sie bis zum letzten Augenblicke gewerkschaftliche Mißpiloten wahren will. Sie verlangt sofortige neue Verhandlungen und behält sich beim Scheitern oder Nichtzustandekommen dieser Verhandlungen alle weiteren Schritte vor.“ Nachdem noch die Kollegen Göde und Bolliger gesprochen hatten, wurde ein Schlubantrag angenommen. Nachdem die Entschließung Berg mit 154 gegen 92 Stimmen abgelehnt war, stimmten die Verammelten der obigen Entschließung mit großer Mehrheit zu. Es folgte die Beratung der neuen Gauslagen. Sie wurde mit geringen Abänderungen mit der Maßgabe einstimmig angenommen, daß sie am 1. Oktober in Kraft tritt.

Mainz. (Bezirksversammlung vom 3. August.) Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Vorstehender Bericht einem verstorbenen Kollegen einen warmen Nachruf. Neu aufgenommen in die Organisation wurden zwei Kollegen. Auf Grund des § 10 Abs. 4 wurden drei Kollegen ausgeschlossen. Am dem Restantenwesen in Zukunft zu steuern, wird der Vorstand stärkere Maßnahmen ergreifen. Die Versammlung beschlößte sich mit der taritlichen Lage im allgemeinen, besonders über die

zu erwartende Kreisamtsstiftung in Frankfurt a. M. zwecks Bewilligung einer Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises III. Durch einwandfreies Ziffermaterial ist die teure Lebenshaltung im besetzten Gebiete festgestellt. Die Prinzipalität hat durch die sorgfältige Verkleppungstaktik selbst den ruhigen Kollegen in Oppositionsstellung gebracht und die Versammlung nahm gegen eine Stimme eine dementsprechende Resolution an. Nach der Erlebigung einiger lokalen Angelegenheiten richtete Kollege Wenrich einen Appell an die Versammlung, zu der allgemeinen Buchdrucker-Versammlung am 6. August vollständig zu erscheinen. Hierauf schloß der Vorsitzende die sehr stimmungsvoll verlaufene Versammlung.

Mainz. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung am 6. August Die außerordentlich gut besetzte Versammlung ehrte zunächst das Andenken eines allseits beliebten und hochverehrten Parte- und Gewerkschaftsführers. Als dann berichtete Kollege Wenrich über die Kreisamtsstiftung am 5. August zwecks Bewilligung einer Sonderzulage für das besetzte Gebiet des Kreises III. Nach langen Beratungen und Sonderbesprechungen machten die Prinzipale ein Angebot auf eine monatliche Zulage von 50 Mk. Die Versammlung nahm dieses Angebot mit Entrüstung zur Kenntnis. Schon zwei Jahre habe es die Prinzipalität meisterhaft verstanden, die gerechte Forderung einer Sonderzulage zu hinterziehen. Bis jetzt bewährte die Kollegenchaft eine musterzügliche Disziplin und ließ sich immer wieder verströken. Jetzt aber war die Geduld der Kollegen zu Ende und die Versammlung beschloß in einer gegen drei Stimmen angenommenen Resolution, die Arbeit sofort niederzulegen. Gausvorsteher

Conradi versuchte in längeren Ausführungen die Angelegenheit in ruhigeren Bahnen zu lenken, aber erfolglos. Die Versammlung lehnte jede Verantwortung ab und überließ diese jenen, die durch die fortgesetzte Verkleppungstaktik den Kollegen den Kampf aufgegeben haben. Die Vertreter der übrigen graphischen Berufe sagten ihre Unterstützung zu und dies wurde mit Beifall begrüßt. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß bereits zwei Firmen die Forderungen anerkannt hätten, was die Versammlung freudig aufnahm. Der Vorstand mit Ergänzung von fünf Kollegen wird als Streikkommission fungieren. In seinem Schlußwort forderte der Vorsitzende Wenrich die Kollegen auf, einig und geschlossen zu bleiben.

Mannheim. Eine starkbesetzte allgemeine Buchdrucker-Versammlung der Bezirke Mannheim, Ludwigshafen, zu der auch die Bezirke Heidelberg, Speier, Landau und Neustadt Vertreter entsandt hatten, nahm den Bericht von der Gausvorsteherkonferenz durch den Kollegen Conradi entgegen, der in chronologischer Reihenfolge die Ergebnisse in unserm Gewerbe seit der vorjährigen Tarifrevision uns vor Augen führte und trotz des minimalen Zugeständnisses, das in keiner Weise den Teuerungverhältnissen Rechnung trägt, die Kollegen um Annahme der nun zur August und September bindenden Abmachungen ersuchte. Als lakisch richtig mußte er es bezeichnen, daß die Mitglieder des Bau Mittelstreifen im groben und ganzen infolge der ungeklärten Lage eine abwartende Haltung einnahmen. Besonnenheit und klarer Blick mußte gewahrt werden, die Kräfte dürften nicht durch überflüssige Vorgehen verzettelt, sondern den Maßnahmen der Organisation müßte Vertrauen entgegengebracht werden. Die

nun einsetzende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft; sie ergoß sich durchweg in einem vernichtenden Urteil über die neuen Abmachungen. Es wäre nicht zu verstehen, daß diese Abmachungen die Kollegen nun in Bausch und Bogen schluden sollten. Die Marktroute wäre nicht die gewesen, die sie hätte sein müssen, und die Gewerkschaften würden immer weniger ein Instrument des Klassenkampfes. Es wurde kein Zweifel gelassen, daß auch die bisige Mittelgliederschaft nicht gewillt ist, fernerhin das Alphenbrödel in puncto Entlohnung zu spielen, wo doch leicht nachzuweisen ist, daß die Kammerarien der Prinzipale über den schlechten Stand des Gewerbes nicht den Tatsachen entsprechen. In durchaus sachlicher Weise trat unser Gausvorsteher einzelnen über das Ziel hinauschiebenden Diskussionenrednern in seinem Schlußwort entgegen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am Mittwoch, dem 27. Juli, im großen Saale des „Rodensteiner“ in Mannheim tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung der Bezirke Mannheim, Ludwigshafen sowie Vertreter der Bezirke Heidelberg, Speier, Landau und Neustadt nimmt Kenntnis von dem Resultat der Einigungsverhandlungen und erklärt, daß die zugesprochenen Zulagen in keinem Verhältnisse stehen zu der fortwährend im Steigen begriffenen Verleuerung der Lebenshaltung. Die Versammlung beauftragt deshalb den Bezirksvorstand, sich mit dem A.D.B. ins Benehmen zu setzen zwecks sofortiger Einleitung der notwendigen Schritte zur Einberufung eines Reichsberetriebsratkongresses, der die erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat, auf der Grundlage der jetzt vorliegenden des A.D.B. einen gemeinsamen Kampf der Arbeiterchaft in die Wege zu leiten.“

Bezirksmaschinenmeißerverein Darmstadt
 Sonntag, den 21. August, in sämtlichen Räumen des „Rummelbräu“:
25jährige Jubelfeier
 Vormittags 8 1/2 Uhr:
Festversammlung
 Daran anschließend: Eröffnung der Drucksachenausstellung im „Gewerbemuseum“, Neckarstraße 3.
 Nachmittags 4 Uhr:
Großes Volksfest
 bestehend in Tanz, Konzert, Gesangsvereinen, Preisquadrätern, Tombola und Kinderbelustigung.
 Die Festkommission.

Leipziger Maschinenfehrervereinigung
 Sonntag, den 21. August:
Wanderversammlung in Altenburg
 Tagesprogramm: 6.59 Uhr früh Abfahrt Leipzig, Hauptbahnhof. Nach der Ankunft in Altenburg Besichtigung der Stadt. Vormittags 10 Uhr: Versammlung im „Goldenen Flug“. Vortrag des Kollegen Schaeffer: Die kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung der Technik. 12 Uhr Mittagessen. 1 1/2 Uhr: Spaziergang durch den Stadtwald über Kollertsh, Galanterie nach dem Gollhof Schenberg. Walecht mit dem Orchester in Altenburg Gemüthliches Beisammensein. Die Zahl der Teilnehmer wolle man baldigst Kollegen Masche, Leipzig-Ringer, Gohlstrasse 1 111, mitteilen. Der Vorstand.

Maschinenfehrervereinigung im Gau Dresden
 Sonntag, den 21. August:
Wanderversammlung in Wilsdruff
 Voraus geht eine Besichtigung der Buchdruckeri Schünke dortselbst (Müll-Beck, elektr. Zeitung). Abfahrt von Hauptbahnhof (Ordnung) 6.50 Uhr früh bis Niederwiesa, dann Wanderung nach Conflappel, durch d. Saubachthal nach Wilsdruff. Jahreliche Besichtigung erwartet. Bei Regenwetter direkte Fahrt nach Wilsdruff, ab 8.30, 9.42 vorm. Abfahrt Sonntag, 4. Sept., vorm. 10 Uhr: Monatsversammlung im „Gensfelder“. Vortrag: „Volltafelung“. Stereotypen sind hierdurch eingeladen.

Brieflichen Kalkulationsunterricht
 erteilt nach dem Deutschen Buchdruckpreisblatt. Drucksachenhalkulationen werden direkt ausgeführt.
 Kalkulationsbureau Valentin Urbogal, Freiburg i. Br., Schwarzwaldstr. 91.

Raucher
 die mit dieser lehren Leidenschaft befaßt sind, werden durch unser bewährtes „Albtra“ bestell. Vordruck zur dreiwöchigen Kur 7 Mk., Nachnahme 45 Pf. (Inschäblich.) Wirkung garantiert. 1800 Panhschreiben. Gebrauchsanw. liegt bei 42) Deusch & Co., Reudhlin, Pöllsch 149.

Infolge Neuaufstellung von Schreibmaschinen und Schichtreilegung suchen wir zu baldmöglichstem Antritt noch
drei erfahrene Linotypsetzer
 für Interale in angenehme und dauernde Stellung.
 C. W. Vogel, Großbuchdrucker und Verlag, Pöhlisch 1. Thlr.

Für Leipzig
 suche ich einen
Buchdruckfachmann
 als Vertreter. Er muß umfassende Maschinenkenntnisse besitzen, repräsentabel und kaufmännisch begabt sein.
 Oskar Gehmel, Magdeburg, Maschinen und Bedarfsartikel für das graphische Gewerbe.

Wir suchen einen tüchtigen, zuverlässigen
Buchdruckmaschinenmeister
 nicht unter 26 Jahren, im Illustrations-, Holz-, Werk- und Plattendruck erfahren, in dauernde Stellung. 1435
 Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsansprüche an Hoffmann & Reiber, Graphische Kunstanstalt, Görlitz (Sch.).
 Für meine Druckereten in Saalfeld und Sonneberg suche ich noch einige
Maschinenmeister
 Bewerbungen von Herren, die eben die Lehre verlassen haben und sich weiter ausbilden wollen, haben keinen Wert. Es wollen sich vielmehr Drucker melden, die für eine sorgfältige Erledigung aller Arbeiten volle Gewähr bieten können. Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Druckmustern an Druckerel Karl Eichlitz, Saalfeld a. d. S.

Schriftgießer gesucht!
 385) Ludwig Wagner, Schriftgießerei, Leipzig-2., Gabelsberger Straße 1a.
Hamburg! — Erster Holzidenzfeher
 der das moderne Material gründlich beherrscht und im Entwurf und im Satz Vorzügliches leistet. Tucht selbständige Stellung, jedoch nur in leistungsfähiger oder gutstehender Druckerei. Zuschriften erden unter Postlageramt 36 nach Hamburg 23, 1418

Freiburg! Wo wäre tüchtigem Schriftfeher Gelegenheit geboten, sich an der Sehmacherei auszubilden oder im Bureau einzuarbeiten? Etwas Kenntnisse in Stenographie, Buchführung und Maschinen schreiben vorhanden. Gest. Offerten mit Bedingungen unter W. 427 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erben.

Schwerkräftigbeschäftigter
Schriftfeher
 findet dauernde Stellung. 1399
 Buchdruckerel Billeborn, IIIII.

Tüchtiger
Linotypsetzer
 mit dem Mechanismus der Maschine genau vertraut, verheiratet, sucht. Angebote mit Lohnforderung an Buchdruckerel Marzahn & Co., G. m. b. H., Frankfurt a. d. O., Dörfler, 34.

Tüchtiger
Typographsetzer
 an neuer U-B möglichst sofort gesucht. Hohe Bezahlung bei guten Leistungen. „Tageblatt“-Druckerei, Schleswig.

Tüchtiger
Buchdruckmaschinenmeister
 für Schnellpresse sofort gesucht. 1422
 Oskar Meißner, Werbau (Sa.).

Junger
Schriftfeher
 19 Jahre alt, tüchtig Stellung, gleich wohn. Bittet auch an der Maschine aus. Gest. Offerten unter Nr. 426 an die Geschäftsstelle d. Bl. erben.

Junger
Schriftfeher
 (event. auch Schweizerdegen), 19 Jahre alt, zur Zeit in ungehuldigster Stellung, firm im Holzidenz-, Setzungs- u. Tabellensatz, sucht sich zu verändern. Südb. Deutschland bevorzugt. Gest. Offerten unter Nr. 423 an die Geschäftsstelle d. Bl. erben.

Schriftfeher
 mit allen vorhommenden Arbeiten vertraut sucht Stellung (eventuell auch als Meiteur) möglichst zu sofort. 1413
 Gest. Angebote an Gerhard Schumann, Zab Diderstoe (Hollst.), Mühlentstraße 24.

Solzgeräte
 Regale, Kästen usw. 1259
 Gust. Diehl, Eustigart 19, Ludwigstr. 96.
Schließzeuge
 auch Schmalhschließzeuge 1260
 Gust. Diehl, Eustigart 19, Ludwigstr. 96.
Reparaturen, Montagen
 werden gut und billig ausgeführt von 40)
 Ludwig Morleisen, Sülzfeldstr. Jordanstraße 7.

Maschinenband
 Erlebensqualität, Heiern 114
 Bremer & Moll, Düsselberg, Graf-Adolf-Strasse 112.

Segregale und Kästen
 sowie Formtrage, Segregale, Malchische, Holz- und Farbenschränke, Schabreiter usw. Heiern in bester Ausführung ab Lager. 115
 Bremer & Moll, Düsselberg, Graf-Adolf-Strasse 112.

Graphische Fachklassen
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Hauptgewerkschaft Barmen.

Von den während der „Bugra“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem
Verbandsmonument
 11 noch ein kleiner Posten zum Preise von 15 Pf. für zwei Stück (Mittelstück) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 15 Pf.).
 Gegen Voreinsendung des Betrags auf unser Postkassenkonto, Leipzig Nr. 613 23, zu beziehen von
 Geschäftsstelle des „Storr.“

Kollegen! Sorgt dafür, daß die von der organisierten Arbeiterchaft, ins Leben gerufene

Volksfröher
 Oewerkschaft. - Oenoffentlichliche Verleherungs-Aktiengesellschaft
 — Hamburg 5 —
 überall eingeführt wird. Meldet Euch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Auskunft.

Gute Fachbücher
Gute Werkzeuge
Alphabethefte
Schriftvorlagen
 Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 8 III (Mittelgeb.). Postkassenkonto 53 430.

Am 9. August erkrank beim Baden unter lieber Kollege, der Drucker
Friedrich Henrich
 19 Jahre alt.
 Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
 Orts- und Bezirksvereine Stolzenz.

Einzahlungen an den „Storr“ (Postamt für Deutschlands Buchdrucker) auf Postkassenkonto Leipzig Nr. 613 23

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Beitrag ist bei Bestellung gleich mitzuliefernden.

Beilage zu Nr. 94 — Leipzig, den 16. August 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Gewerkschaftsrevue

Je mehr sich das Wirtschaftsleben ausbreitete, je umfangreicher und vielfältiger seine Funktionen wurden, je größer die Zahl derer ward, die ihre wirtschaftliche und soziale Existenz durch ihre Hände Arbeit zu suchen und zu begründen hatten, desto mehr drängten in allen Gewerben und Industrien die Dinge dahin, die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern aus dem Arbeitsverhältnis fastvertraglich zu regeln. Es ist durchaus nicht so, wie manche Kritiker der Tarifpolitik den Gewerkschaften glauben machen wollen, als wären die Tarifverträge etwas, das von einzelnen Personen „im Interesse des Kapitalismus“ ausgeklügelt und den Arbeitern, ohne sie zu fragen, aufgedrängt würde, wogegen deshalb mit allen Mitteln Sturm gelaufen werden müsse. Wer so handelt, weiß nichts davon oder will es nicht wissen, daß lediglich ökonomische Ursachen die treibenden Kräfte für das Zustandekommen von Tarifverträgen sind, daß also die Tarifverträge ein Produkt der Entwicklung im Wirtschaftsleben darstellen. Wer in der heutigen Zeit wirtschaftlicher Anlieher bei den Arbeitern vorredet, daß all ihr Elend zurückzuführen sei auf das ihnen auferlegte „Tarifhoch“, der überhört nicht bloß die Tatsache, daß sich der Tarifgedanke als Folgeerscheinung einer bestimmten Entwicklung auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete durchsetzte, sondern er arbeitet auch den Scharmachern im Unternehmerlager direkt in die Hände, die ebenfalls auf demagogische Art die Tarifverträge zu befehligen versuchen, um ein für sie günstiges „freies Spiel der Kräfte“ dafür einzuläuteln. Hören wir nur, welche Ansicht die Arbeitgeberverbände über den Tarifvertrag verapfen. „Die Abwertung und Gleichmacherei“, so sagen sie, „die der Tarifvertrag entsprechend dem heutigen Zeitgeiste bringt, stellt letzten Endes eine Bevorzugung der Masse zum Nachteil der Entwicklung qualifizierter Arbeit dar. Das ist der Nachteil der Tarifverträge für das Wirtschaftsleben und für die Voraussetzungen. Bei dem Niedergange, den unser Wirtschaftsleben genommen hat, muß sich die Überzeugung aufdrängen, daß eine Besserung mit davon abhängig ist, wenn an Stelle des nivellierenden Tarifvertrags der subjektive Arbeitsvertrag wieder mehr zu Ehren kommt.“ Man ersieht hieraus, wie sich die Stimmstürmer auf Unternehmern und Arbeiterseite bei der Bekämpfung des Tarifvertragswesens brüderlich die Hände reichen. Sie wollen los vom „Tarifhoch“, wollen den kollektiven Arbeitsvertrag befehligen und an seine Stelle wieder das freie Spiel der Kräfte treten lassen, das selbständige Handeln je nach Lage der Konjunktur, bei dem die Arbeiter nur zu leicht unter den Schlägen geraten.

Wenn etwas geeignet ist, die in der Beurteilung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik noch hin und her schwankenden Arbeiter eines Besseren zu belehren, so ist es das Verhalten der Scharmacher im Unternehmerlager zu den Tarifverträgen im allgemeinen. Bekanntlich sind erst durch den am 15. November 1918 zwischen Gewerkschaften und Unternehmern geschlossenen Vertrag, die Geburtsurkunde der vielmehrstrahligen „Arbeitsgemeinschaft“, die bis dahin mehr oder weniger tariffeindlichen Unternehmerorganisationen verpflichtet worden, die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Angestellten durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeiter festzusetzen und die Verhandlungen dazu ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen. Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe folgend, haben damals die Unternehmer unter den Einwirkungen der Revolution gewungenermaßen die Gewerkschaften als gleichberechtigte Vertragspartner anerkannt. Seitdem sie jedoch an dem Ausfalle der verschiedenen Wahlen erkannt haben, daß der rote Faden nicht mehr auf dem Dache sitzt und daß von der parteipolitisch zerklüfteten Arbeiterchaft ein entsprechender Widerstand nicht mehr zu befürchten ist, halten die Unternehmer den Zeitpunkt für gekommen, mit dem tariflichen Mitbestimmungsrechte der Arbeiter endgültig Schluss zu machen.

Simmer unverdächtig tritt auf Unternehmerseite der Wunsch auf, den kollektiven Arbeitsvertrag vollständig zu befehligen und an seine Stelle wieder individuelle Einzelverträge treten zu lassen. Dafür tritt im Innern des „Arbeitgeber“, der Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, erst wieder Herr Dr. Sänzler ein. Dieser hervorragende Wortführer des organisierten Scharmachertums machte seinem gerechten Herzen Luft in einem Artikel, betitelt „Grundgeder der Sozialpolitik“. Darin wirt er der neuen Sozialpolitik u. a. vor, daß Revolutionsideen vorübergehenden Gedankeninhalts ihren dauernden Niederschlag in harter Gesetzesform gefunden hätten. „Mühsam unreife Gedanken streben mit Erfolg nach gesetzlicher Verankerung, und in der übereilten Verfassung wurde so manche Bindung für die jetzige und für die späteren Generationen niedergelegt, deren Einlösung die größten Schwierigkeiten und Zweifel birgt.“ Während in politischer Richtung, das heißt hinsichtlich einer Ermöglichung und Erleichterung der Wiederaufichtung der Unternehmungen, durch die Sozialpolitik gar nichts ge-

sehen sei, seien deren negative Wirkungen um so schlimmer. Diese bestehen nach Ansicht des anerkannten Ratgebers der Scharmacher darin, daß sich der Tüchtige liberal gebemmt und gebindert sieht, seine volle Kraft zu entfalten und seine Arbeit zur höheren Leistungsfähigkeit zu steigern. „Will er länger arbeiten, so löst er an die Grenze der arbeitszeitlichen Geleistung. Will er mehr leisten und mehr verdienen, so bindet ihn daran die kollektive Einschränkung der gesamten Arbeitsverhältnisse, die ein Herabziehen der Qualifizierten, Tüchtigen auf das Niveau der Mittelmäßigkeit und des Durchschnitts erzwingt.“ Hier liegt des Pudels Kern für den Herrn Doktor. Mit der „kollektiven Einschränkung“ meint er natürlich die Tarifverträge, von der die deutsche Wirtschaft seiner Meinung nach erstört werden muß, und zwar im Interesse der Unternehmer. Besser als mancher „Klassenbewußte“ Arbeiter, der gegen Tarifverträge loswettert, wissen es die Scharmacher im Unternehmerlager zu würdigen, daß die kollektiven Arbeitsverträge erheblich zur Stärkung der Gewerkschaften beitragen und daß solche Verträge die Arbeiterchaft weit mehr zur Geschlossenheit und zum Solidaritätsbewußtsein erleben, als der sogenannte freie Arbeitsvertrag. Wenn etwas geeignet ist, den steigenden Einfluß der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen jedem sinnfällige vor Augen zu führen, dann ist es die beispiellose Zulwärtswirtschaft des Tarifvertragswesens seit der Revolution!

Daraus die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen für die Lohnkämpfe der Zukunft, ist unbedingt notwendig. Angesichts der feindseligen Haltung des Unternehmertums zum Tarifvertragswesen im allgemeinen, muß auch der letzte Arbeiter einsehen lernen, daß es sich durchaus lohnt, für die Aufrechterhaltung der Tarifverträge ebenso entschlossen zu kämpfen wie um ihren zeitgemäßen Ausbau nach der materiellen Seite. Dabei sind freilich auf Arbeiterseite klug vorausschauende Taktiker ebenso unentbehrlich, wie geschickt operierende Unterhändler, die der Gewandtheit und der Intelligenz der Unternehmer in nichts nachstehen. Mit brutalem Draufgängerum oder Ultimatumspolitik ist am Verhandlungstische verdammt wenig zu erreichen, und mancher grobe Schreier hat dort bei der Verteidigung von aufgestellten Forderungen schon eine bejammernswerte Rolle gespielt. Es ist weit schwieriger, die tarifvertraglich gesicherten sozialen Anfangserfolge für die Gesamtarbeiterschaft eines Gewerbes zu erhalten, als mit einem Faustschlag alles zu zerören, was in jahrelanger Arbeit mühsam aufgebaut wurde.

Erst die jüngsten Tage haben die Tariffeindlichkeit des Unternehmertums in der Holzindustrie wieder offenbar werden lassen. Dort wurde seit 10. Januar dieses Jahres, nachdem die bestehenden Verträge von den Unternehmern gekündigt worden waren, um die Tarifverträge zwischen beiden Parteien fast ununterbrochen verhandelt. Erleichtert amies die Mitglieder der Verhandlungskommission auf, als endlich am 4. Juli d. J. durch Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums wenigstens ein „Reichsmantelvertrag“ für das deutsche Holzgewerbe zustande kam. Dadurch wurden die Arbeitsbedingungen aber noch nicht restlos geregelt. Mehrere sollten die Löhne erst in den Landesverträgen ihre Regelung finden, die neher abzuwickeln sind. Im Reichsmantelvertrag sind für die Lohnregelung allerdings bestimmte Richtlinien gezogen, so daß den Landesvertragsparteien fast nichts weiter übrig bleibt, als die Lohnsätze in das vorgeschriebene Schema einzutragen und die Einteilung der Orte in die zu bildenden Ortsklassen vorzunehmen. Bereits der erste Versuch nach dieser Richtung hin, der in der Berliner Holzindustrie am 10. August unternommen wurde, ist als gescheitert zu betrachten. Die Beratungen zwischen der Verhandlungskommission der Berliner Holzarbeiter und den Vereinten Verbänden der Berliner Holzindustrie verliefen ergebnislos, weil sich die Unternehmer weigerten, den Reichsmantelvertrag für Berlin anzuerkennen. Nach alledem sind schwere Kämpfe in der Berliner Holzindustrie fast unvermeidlich geworden, die sich auf das gesamte Reich auszudehnen drohen, wenn — wie leider zu befürchten steht — die Ablehnung des Tarifs durch die Berliner Unternehmer auch anderswo Schule machen sollte. Jene handelten zweifellos nach den vor einiger Zeit verhandelten amosen Grundrissen der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, in denen es u. a. heißt:

Die Lohnpolitik der nächsten Zeit muß in erster Linie ein weiteres Steigen der Löhne verhüten. Die von der Vereinigung herausgegebene Parole, keine Lohnerhöhung zu bewilligen, ist im allgemeinen befolgt worden, auch Behörden und Schlichtungsausschüsse haben sie sich zu eigen gemacht. Seitens der Arbeitnehmerseite ist die Resolution bekämpft worden, jedoch waren größere Streiks als Folge ablehnender Forderungen selten. Wegen Teilstreiks wird die Aussperrung der Arbeiterchaft eines Bezirks angeraten. Sollten auch jetzt noch Schlichtungsausschüsse Lohnerhöhungen bewilligen, so wird dringend empfohlen, den Schiedspruch mit eingehender Begründung unter Hinweis auf die derzeitige wirtschaftliche Lage abzulehnen und gleichzeitig dem Demobilmachungskommissar Stennius von

der Ablehnung und ihren Gründen zu geben. Ein materieller Grund für weitere Lohnerhöhungen besteht nicht, da nach statistischen Erhebungen die Ernährungs- und Lebensunterhaltungskosten in den letzten zwei Monaten erheblich gefallen sind. Neue Tarife sollen keinesfalls abgeschlossen werden, ohne der Akkordarbeit genügend Raum zu verschaffen. Volle Ausnutzung der 48stündigen Arbeitswoche ist dringendes Gebot. Hinzuweisen wird ferner auf die Einführung von Qualitätsprämien, Ersparnisprämien für Rohstoffe. Auch die Vergrößerung der Differenz zwischen der Entlohnung der gelernten und ungelernen Arbeiter ist anzustreben. Als Vorbereitung des Lohnabbaues, mit dem am besten der Bergbau und die chemische Industrie beginnen würden, wird Propaganda in der Presse, Einwirkung auf die Gewerkschaftsführer und auf die Betriebsräte sowie Aberweisung einschlägigen Materials an die Vorstände der Schlichtungsausschüsse empfohlen. Der Abbau der Löhne hat zunächst bei den Jugendlichen und Unverheirateten zu beginnen, deren Löhne relativ zu hoch sind. Die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wird voraussichtlich den Verbänden noch eine genauere Darstellung dieser Fragen zugehen lassen.

Angesichts der gegenüber der Friedenszeit inzwischen eingetretenen dreifachen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel des Volkes muß das vorstehende Rundschreiben der Arbeitgeberverbände als eine Provokation schlimmster Art bezeichnet werden. Die einzige Milderung könnte man allenfalls darin erblicken, daß die Parole einige Monate zurückdatiert. Damals waren die Unternehmer auf der ganzen Linie der Auffassung, daß die Zeit für Lohnerhöhungen bereits gekommen sei, daß analog der Verhältnisse in den Ententeländern ein schrittweiser Lohnabbau erfolgen könnte. Dabei wollten die deutschen Unternehmer gleich noch einen kräftigen Schriff weitergehen, indem sie eine Revision der Sozialgesetzgebung in ihrem Sinne verlangten.

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ beschlößte sich in ihrer Nummer vom 15. Mai in einem Artikel „Zur Lage“ mit der Annahme des von der Entente gestellten Ultimatums und den Folgerungen, die sich aus seiner Annahme durch die deutsche Regierung ergeben werden. Ihre Ansicht über das, was nun zu geschehen habe, um die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu ermöglichen, äußerte das Zentralorgan der deutschen Arbeitgeberverbände wie folgt: „Eins freilich ist ebenso klar, daß die Hauptlast dieser furchtbaren Forderungen auf die Industrie abgewälzt werden wird. Ob diese die Last tragen können, haben Sachverständige bezweifelt. Sie wird es ganz gewiß nicht können, wenn sie gleichzeitig weiter wie bisher durch die in Massen hergestellten sozialen Gesetze und Verordnungen gestellt wird, die einseitig dem Standpunkte des Arbeitnehmers Rechnung tragen. Es wird sich als unabwendbar herausstellen, wenn die Industrie unter dem Druck des Feindes nicht erlischen soll, daß Gesetze und Verordnungen wie das Betriebsrätegesetz, Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern usw. einer Durchsicht in dem Sinne unterzogen werden, daß der die Verantwortung für die Rentabilität des Betriebes und damit für die Existenz seiner Arbeiter tragende Fabrikleiter wieder Herr in seinem Betriebe wird. Für sozialistische Experimente ist die Zeit zu erst.“ Eine bemerkenswerte Ergänzung fanden diese Ausführungen der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ durch Darlegungen des Präsidenten des Hanlabundes, Geheimrat Dr. Nieber, im „Bankarchiv“. Der Genannte gab dort in einem Artikel seiner Meinung über die Folgen, die sich aus der Annahme des Ultimatums ergeben, dahingehend Ausdruck, „daß die furchtbaren Lasten des Ultimatums nicht ohne schwerste Eingriffe in die jetzigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Grundlagen unserer Wirtschaft denkbar sind, so daß u. a. nicht nur eine Reihe bestehender neuer Steuern, sondern auch eine Reihe von Gesetzen mit Sicherheit zu erwarten ist, welche die Verlängerung der Arbeitszeit, die Durchbrechung des Achtstundentages, die Herabsetzung der Löhne, den Ausschluß jeder Luzziseinbuhr usw. zum Gegenstand haben und uns dadurch vor neue schwere soziale innere Kämpfe stellen werden.“

Die Ausführungen der beiden sonangebenden Unternehmerorgane lassen deutlich erkennen, unter welcher Lösung das Unternehmertum an die Erfüllung der dem deutschen Volk aufzuzehenden Wiedergutmachungsverpflichtungen gegenüber der Entente zu gehen gedenkt. Trotz der Profitorgane, die heute viele Unternehmer zu feiern in der Lage sind, will es ihnen natürlich nicht in den Sinn, daß sie in erster Linie die Mittel für die Wiedergutmachung aufzubringen haben. Sie betrachten es im Gegenteil als selbstverständlich, daß der Löwenanteil der Wiedergutmachungskosten von den Arbeitern und Angestellten getragen wird. Deshalb verlangt der Großmächtige des Hanlabundes eine Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne, und die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ stellt die „unabweisbare Forderung“, daß das Betriebsrätegesetz und andre Gesetze und Verordnungen in einer „Durchsicht“ in dem Sinne unterzogen werden, daß der Arbeitgeber wieder „Herr in seinem Betriebe“ wird.

Zwischen den Extremen auf Unternehmer- und Arbeiterseite gilt es die deutsche Wirtschaft in den nächsten Mo-

legen hindurchzusteuern. Im Stillstand unserer Währung liegt eines der größten übel unserer Zeit, unter dem die Arbeiterklasse am schwersten leidet, weil sie sich nicht — wie die Unternehmer — schablos halten kann durch veraltete Preismessungen. Eine naturnotwendige Folge der fortwarend sinkenden Kaufkraft des Lohnes sind immer neue Lohnforderungen, die erfahrungsgemäß über kurz oder lang neue Steuerungsstellen herausführen. Aus diesem Irrgarten führt nicht die Macht des Stärkeren heraus, sondern nur die Erkenntnis der wirtschaftlichen Ursachen und Wirkungen. Demgemäß müssen die nötigen Maßnahmen getroffen werden, die eine Besserung versprechen. Sicherlich eine Aufgabe, die des Schwebes aller Einsichtigen und Verfandigen üben und drüben wert ist. Gelingt sie, dann ist allen geholfen, gelingt sie nicht, dann ist alle gefährdet. Die durch den Verfall der Friedensverträge bedingte Umbildung unseres Wirtschaftslebens darf weder nach dem Willen einiger Industriekapitalisten vor sich gehen, die das Grolen in der Seele des Volkes mihateten, noch nach dem Rezept solcher Leute, die die wirtschaftliche und soziale Befreiung der Arbeiterklasse mit einem Schlag erreichen wollen. In dieser Beziehung bildet das Schicksal Rußlands ein beachtenswertes Menetekel. Vom Arbeiterstandpunkte die Frage aufwerfen: „Was muß geschehen, um das Schicksal von der Arbeiterklasse fernzuhalten?“ heißt sie in dem Sinne beantworten, daß jeder Arbeiter ohne Unterschied seiner parteipolitischen Stellung die gewerkschaftliche Einheitsfront zu repressieren hat. Nur auf dieser Basis wird es möglich sein, die besonderen Aufgaben der Gewerkschaften als wichtige Etappen im proletarischen Befreiungskampfe durchzuführen. Neben einer planmäßigen Wirtschaft gilt es das weitestgehende Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Produktionsprozeß sowie den zelmaigen Ausbau des kollektiven Arbeiterrechts mit allen erreichbaren Mitteln zu erkämpfen. Wee der Arbeiterklasse, die der Geschlossenheit des Unternehmertums nicht die selbstgezielte Arbeit der eigenen Organisation gegenüberstellen vermag!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Zur Situation. Wir wir schon in voriger Nummer berichtet haben, ist in Eisen auf dem Verhandlungswege, und zwar unter Mitwirkung eines Vertreters des Gewerksverbandes, eine Verlandigung zustande gekommen. Es werden danach für die Monate August und September die Sae der zentralen Abmachung vom 25. Juli statt zweimal künftig zur Auszahlung gebracht. Die gesamte Wirtschaftsbeihilfe erhohlt sich damit in allen Klassen um 150 Proz., statt $2 \times 110 = 220$ Mh. in der höchsten Klasse kommen $5 \times 110 = 550$ Mh. in den Monaten August und September zusammen zur Auszahlung, in den übrigen Klassen nach den Abstufungen nach Alter, Familienstand usw. entsprechend weniger. — Wie aus dem Leitartikel in vorliegender Nummer zu ersehen, wurde das gleiche Abkommen auch für Köln nach nahezu dreiwöchigem Streik durch Verhandlungen der Parteien vor dem Tarifamt in Berlin als Verlandigungsgrundlage anerkannt, jedoch mit dem Unterschied, daß die Erhöhung der bisherigen Wirtschaftsbeihilfe von 45 Mh. monatlich in der höchsten Klasse unter gleichzeitiger künftiger Erhöhung in Wochenanteile zerlegt wird; in gleicher Weise gilt das auch für die übrigen Stufen des zentralen Abkommens. Nach neueren Berichten der Tageszeitungen hat sich in letzter Zeit auch die englische Behode in Köln den Streikenden gegenüber weniger hypochritisch gezeigt als dies früher gegenüber der dortigen Arbeiterklasse der Fall war. Am 6. August verurteilte z. B. das englische Kriegsgericht in Köln einen Buchdrucker der Firma Badem zu zehn Tagen Gefängnis, weil er sich weigerte, zum Angelegenheiten der englischen Militärzeitung „Cologne Post“ anzutreten, obwohl für diese Zeitung die Forderungen der Gehilfen bewilligt waren. Der Befehl war dem Kollegen im Auftrag des englischen Vorgesetzten ausgestellt. Die Streikleitung war infolge der Bewilligung der Forderungen mit der Herstellung dieser Zeitung einverstanden; trotzdem betrachtete der Kollege diese Arbeit als Streikarbeit und verweigerte seine Mitarbeit. In der gleichen Angelegenheit wurde noch ein anderer Kollege von den englischen Behoden verhaftet. Das englische Gericht begründete die Gefängnisstrafe gegen den Arbeiter verweigern den Kollegen mit der Formel des Angehorams gegen eine englische Behode und drohte für weitere Fälle noch strengere Strafen an. — Bezüglich der Bewegung in Mainz, Worms, Wiesbaden und umliegende Orte ist zu berichten, daß auf Sonnabend (13. August) früh 10 Uhr Einigungsverhandlungen vor dem Tarifamt in Berlin angefangen waren, und zwar auf Anrufung durch die Prinzipale. Die Forderungen der Gehilfen lauteten für Orte von 0 bis 71, Proz. Lokalzuschlag auf eine Zulage von 25 Mh., für Orte mit 10 bis 17, Proz. Lokalzuschlag 30 Mh. und für Orte mit 20 bis 25 Proz. Lokalzuschlag 44 Mh. wöchentlich. Die Regierungsvertreter schlugen bei Verhandlungen in Mainz 120, 90 und 70 Mh. monatlich für alle Gehilfen über 24 Jahre alt vor, für Ledige unter 24 Jahren die Hälfte; die Prinzipale lehnten diesen Vorschlag jedoch ab und riefen das Tarifamt um Vermittlung an. Aber den Ausgang dieser Verhandlungen können wir erst in nächster Nummer berichten. — In Neuwied wurden durch örtliche Verhandlungen 20 bis 50 Mh. wöchentliche Zulagen vereinbart.

Gehilfenprufungen. Vor dem Handwerks- und Gewerbeamt in Altsachsenburg legten zwei Seher und zwei Truider die Gehilfenprufung mit der Note „Gut“ ab.

Der Streik in den Berliner Gewerkschaftsbuchdruckerfabriken. Der Streik ist noch nicht beendet. Die betroffenen Firmen suchen in den Tageszeitungen Buchdrucker, Buchbinder, Hilfsarbeiter, Transportarbeiter und Schlosser. Das Grapbische Kartell in Berlin warnt vor Annahme von Arbeit in den betroffenen Betrieben und fordert strengste Solidarität.

Gutenberg-Gesellschaft in Mainz. Auf der Jahresversammlung in Mainz wurde von einer erfreulichen Aufwärtsbewegung der Gesellschaft berichtet. Eine Arbeit von Karl Scholtenlober über „Das Regensburger Buchgewerbe im 15. und 16. Jahrhundert“ ist erschienen und der Festvortrag von Gullao Moris „Was hat Gutenberg erfunden?“ kommt bald zur Verandigung. Auch der Festvortrag von Prof. Dr. Kaubich, Frankfurt a. M., über „Die Entdeckung der Gravur“ wird demnächst gedruckt. Dem Gutenberg-Museum überwies neben andern Spendern auch die Gesellschaft für das laufende Jahr vorläufig 2000 Mh. In der internationalen Messe in Frankfurt a. M. hat sich die Gesellschaft bereits zweimal mit Ausstellungen beteiligt. Gutenberg-Museum und Gutenberg-Gesellschaft befahrdet den tägigen Mihilfe oder finanziellen Unterstützung aller derjenigen, die sich für die Erforschung der Kunst Gutenbergs und für ihren augenblicklichen Stand interessieren.

Ein postaltlicher Aprilscherz. Allseits wird Klage darüber geführt, daß die Erhebung der Postgefahle sehr sehr zu wünschen übrig lassen. Über verspätetes Eintreffen von Briefen sowie über das Ausbleiben im Postabkommen bezogener Zeitungen und Zeitschriften, wie auch des „Storr.“, wird am meisten geklagt. Reklamationen sind infolgedessen an der Tagesordnung. Auch die „Storr.“-Redaktion und der Bildungsvorstand der Deutschen Buchdrucker haben manches auszusprechen. Auf welche wenig gewissenhafte Weise manchmal auch die Reklamationen ereidigt werden, das kann ein Fall illustrieren, der bei schlechter Anlieferung des „Jungbuchdruckers“ zu verzeichnen war. In einem Orte bei Dresden blieben alle neubestellten Exemplare für Juli aus. Eine sofortige Reklamation wurde erst am 9. August, nachdem schon inzwischen die Augustnummer erschienen war, kurz und bündig wahrheitswidrig beantwortet: „Die Julinummer des „Jungbuchdruckers“ ist gar nicht erschienen, da die Buchdrucker im Juli gestreikt haben.“ Nur dieser Fall sei seiner Kuriosität wegen wiedergegeben. Im übrigen werde man sich bei Reklamationen an die „richtige“ Adresse, eventuell an hohere Stelle im Bestellsort, wenden.

Allgemeine Deutsche Buchdruckerunterstutzungskasse. Diese von Unternehmern in der Buchdruckgewerbe als Abwehrorganisation gegenüber unterm Verbands nach dem Stample von 1891/92 gegründete Unterstützungskasse für Buchdruckerarbeiten und angelegte veroffentlicht in Nr. 33 der „Zeitschrift“ einen Auszug aus dem Klassenberichte für das vergangene Jahr. Sowohl deren Arbeitsloshilfe wie deren Jubilaumstiftung schließen mit einem erheblichen Defizit ab. Die Reize- und Arbeitsloshilfe hat bei nur 16913 Mh. Einnahme einen Verlust von 11846 Mh. Die Strauenklasse hatte 57734 Mh. Einnahmen und 51468 Mh. Ausgaben, also einen berschuss von 6266 Mh. und die Invalidenklasse 120478 Mh. Einnahmen und 109124 Mh. Ausgaben, ein Mehr von 11353 Mh. Die Jubilaumstiftung mit 1493 Mh. Einnahmen und 1810 Mh. Ausgaben hatte einen Verlust von 317 Mh. An Beiträgen und Eintrittsgeldern wurden von „Gehilfenliste“ 134219 Mh. im ganzen Jahre bezahlt. Da der Wochenbeitrag 2,25 Mh. beträgt, so dürfte sich die Mitgliederzahl, die in dem Berichte wohlweislich erksichtigt wird, auf knapp 1000 belaufen, wobei noch zu beachten ist, daß der Mitgliederkreis sich nicht nur aus Buchdruckern, sondern auch aus Buchbindern, Stein-druckern, Kartographen, Chemigrafen, Kontorpersonal, Betriebsbeamten und Buchdruckerbesitzern zusammensetzt. Die Prinzipale leisteten an Pauschalbeitragen 15700 Mh. und der Deutsche Buchdruckerverein 20000 Mh. Das Vermögen der Kasse betrug insgesamt 800256 Mh., wovon 660000 Mh. allein auf die Invalidenkasse entfallen, während die andern Klassenzweige sich in den bescheidenen Rest von 140251 Mh. teilen müssen, woraus zu ersehen ist, daß die Kasse immer mehr an Altersschwäche leidet; denn die Mitgliederzahl setzt sich zweifellos zum größten Teil aus älteren Arbeitern und Angestellten zusammen, die entweder kurz vor der Invalidität stehen oder für die übrigen Arbeiterorganisationen im graphischen Gewerbe infolge physischer oder psychischer Hindernisse nicht mehr aufnahmefähig sind, und sich neue Mitglieder in diese gelbe Prinzipalkasse kaum noch verirren.

Reaktionäre Justiz. Zu der Notiz mit obiger Stichmarke in Nr. 91 unter „Rundschau“ erbalten wir aus Kollegenkreisen eine Zuschrift, nach der der Fall viel krasser liegt, als die Notiz vermuten lassen kann. Der deutschnationale Amtmann Baumann in Vorrach hatte sich geweigert, den Eid auf die badische Verfassung sowohl als auch auf die Reichsverfassung zu leisten. In Erkenntnis dessen, daß für einen Verwaltungsbeamten die Anerkennung und der Eid auf die Verfassung die Voraussetzung seiner Tätigkeit ist, hatte er um seine Entlassung aus dem Staatsdienst am 16. Januar 1920 nachgesucht; der deutschnationale Feld ist also nicht gegangen worden wegen seiner Überzeugung. Aber die Währung seiner politischen Ehre ging ihm jedoch offenbar sein pelumares Interesse, denn er hatte kein Entlassungsgelud an die Bedingung geknüpft, daß ihm Ruhegehalt gewährt werde. Das badische Staatsministerium hat ihn ohne Ruhegehalt entlassen, weil die Gewährung nach den bestehenden Gesetzen unzulässig war. Das Landgericht Karlsruhe urteilte nun, daß das Entlassungsgelud nicht nach dem Buchstaben, sondern dem Sinne nach auszuliegen ist, und daß Baumann seine Entlassung nicht nachgelocht hätte, wenn er ge-

wut hätte, daß er keine Pension erhalte; infolgedessen das Gelud als unwirksam anzusehen sei. Aus diesem Grunde hat Baumann seinen Prozeß gewonnen. Auf die wichtige Frage, ob die Eidesverweigerung eines Beamten Voraussetzung für seine weitere Tätigkeit im Dienste des Staates ist, ist das Gericht überhaupt nicht eingegangen. Das ist eine kolossale Oberflächlichkeit oder die Richter haben diese Frage absichtlich nicht berühren wollen, da sie sonst entgegengesetzt urteilen mußten. Das Berufungsgericht wird hoffentlich die Angelegenheit gründlicher behandeln. Wenn anders, also das unbillbare Urteil rechtskräftig würde, dann lassen sich die Folgen nicht ausdenken. Soll es in das Belieben der Beamten gestellt werden, ob sie die Reichs- und Landesverfassung, die Grundgesetze, aus denen alle andern Gesetze fließen, anerkennen wollen? Oder soll etwa der den Eid verweigern Beamte seinen Untergebenen gar den Eid auf die Verfassung abnehmen? Schon diese beiden Konsequenzen zeigen, wie weisfremd und salisch das Urteil des Landgerichts ist. Die deutschnationale Presse feiert Baumann als „Held“ und „aufrechten Mann“. Wenn aber nur der Eidesverweigerer ein „aufrechter Held“ ist, dann werden alle übrigen Anhänger unter den badischen Beamten, die den Eid gefeilt haben, damit in den Drusus geworfen.

Verschiedene Eingänge

„Verbot der Metallverarbeitung im Malergewerbe.“ Funktionäre, die dafür Interesse haben, liet die Broschüre, solange der Borsal reich, umsonst zur Verleihung. Verlag D. Steine, Hamburg 25.

Briefkasten

Fr. Th. in S. und O. D. in B.: Wird aufgenommen. — H. Sch. in B.: Da wir erst in einer der letzten Nummern dieses Gebiet in gleicher Weise behandeln, sind wir nicht in der Lage, daß über Einwendung Gebrauch zu machen. — W. St. in Staffel: Abgemacht. — Fr. E. in O.: Wird im Zusammenhange mit einer prinzipiellen Beleuchtung dieser wichtigen Frage demnächst aufgenommen. — P. A. in C.: 7,50 Mh.

□ □ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseeplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfur, Nr. 1191.

Danzig. Die Sperrung über die Buchdrucker W. F. Bura in Danzig (Presseanfrage) ist wieder aufgehoben, da der Konflikt im Sinne der Gehilfenchaft beigelegt ist.

Adressenveranderungen

Quebftnburg. Vorsitzender: Karl Dammholer, Am Kanonenberge 11.
Wittlich (Mosse). Kassierer: Karl Kröcher, Olmsstrae 308.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einnwendungen innerhalb 14 Tagen an die hostzulassige Adresse):
Im Gau Mittelrhein 1. der Drucker Georg Stumpfl, geb. in Zell i. d. Mosel 1901, ausget. in Dicksheim 1921; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Martin Sandker, geb. in Straubing 1883, ausget. dal. 1903; war schon Mitglied. — Friedrich Conrad in Mannheim, U 2, 9.

Arbeitsloshilfeunterstutzung

Eisenach. Der Drucker Will Emrich (Hauptbuchnummer 100163), auf der Reize befindlich, wird um Ausgabe seiner Adresse an H. Seehuber, Georgenstrae 30, gebeten, zwecks Nachsendung von 30 Mh. vom Breslauer Gehilfenverein.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Gehilfenstublers Herrn Paul Schliebs

Bekanntmachung

Der Tarifauschu hat die §§ 8 und 12 der Gehilfenordnung für die Reichsverdeutmer (Seite 61 des Tarifs) aufgehoben und hat an deren Stelle die folgenden Bestimmungen getroffen:

§ 8

Klageberechtigt ist jeder geschädigte tarifzugehorige Prinzipal; bei äußerlichen Scheiberangeboten nach der Kreisvertreter.

Außerdem sind die Kreisvertreter klageberechtigt, wenn bei ihnen die geschädigte Firma einen entsprechenden Antrag gestellt hat.

Eine Verpflchtung der Kreisvertreter zur Erfüllung solcher Anträge besteht nicht.

Die Vertretung der Klage durch die Kreisvertreter darf nur die Ausnahme bilden und muß ausführend begründet sein.

§ 9

Das Beschwerdeamt hat das Recht:
1. den Beklagten freizusprechen;
2. ihm eine Verwarnung zu erteilen;
3. einen Vergleich zwischen den Parteien zu schließen und dabei im Vergleichswege, z. B. im Einvernehmen beider Parteien, den Beklagten die Zahlung eines Entschadigungsbetrags an den Kläger,
b) einer Buße an die Kasse der Tarifgemeinschaft aufzuerlegen;

4. beim Tarifamt einen Antrag auf Erlass einer Geldstrafe oder des Ausschlusses aus der Tarifgemeinschaft gegen die beklagte Partei zu stellen.

Die Beschwerdeamt haben die Pflicht, in jedem Falle den Parteien ausführend den Vergleichsvorschlag zu machen und das Interesse für einen solchen Vergleich aus kollegialen Gründen bei den Parteien zu fördern.

Die Beschwerdeamt haben das Recht, auf Zahlung einer Entschädigung an die geschädigte Firma zu erkennen und entsprechenden Antrag beim Tarifamt zu stellen. Diese Entschadigungsumme muß dem Klageobjekt angemessen sein und darf in keinem Falle über 100 Mh. überschreiten.

Die Beschwerdeamt haben das Recht zur Abweisung von Klagen, wenn diese weder Berechtigung enthalten, dagegen liegt dem Kläger das Recht zu, gegen die Klageabweisung beim Tarifamt Beschwerde zu erheben.

Diese beiden Paragraphen der Gehilfenordnung treten mit ihrer Veroffentlichung in Wirksamkeit.

Berlin, 12. August 1921.
Mar Scholem, Prinspalvorsitzender, Robert Braun, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliebs, Gehilfenstubler